

US-FISKALPAKET: EIN SIEG FÜR DEN KLIMASCHUTZ (UND FÜR JOE BIDEN)

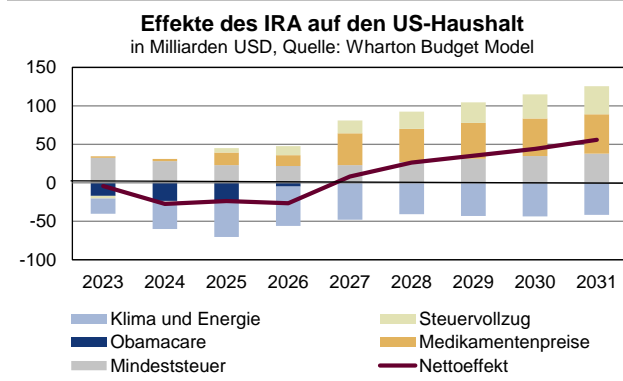
Mit der Verabschiedung des sogenannten „Inflation Reduction Act“ haben die USA einen wichtigen Meilenstein gegen den Klimawandel gelegt. Das Gesetz beinhaltet neben der Förderung von erneuerbaren Energien auch Kostensenkungen für verschreibungspflichtige Medikamente und Überarbeitungen von Teilen des Steuerrechts. Der endgültige Vorschlag bleibt zwar hinter dem ursprünglichen Plan zurück, macht aber dennoch die Erreichung der Pariser Klimaziele durch die USA wahrscheinlicher. Während die Kritiker auf mögliche inflationäre Wirkungen des Gesetzespakets hinweisen, beweist die US-amerikanische Regierung, dass sie handlungsfähig ist. Davon profitiert nicht nur das Klima, sondern auch Präsident Joe Biden.

Nach mehr als einem Jahr harter Auseinandersetzungen innerhalb der Demokratischen Partei hat der US-Senat den sogenannten **Inflation Reduction Act (IRA)** verabschiedet. Das Maßnahmenpaket ist ein echter Meilenstein, da es nicht nur der Eindämmung der Inflation dient, sondern vor allem den Klimaschutz in den USA voranbringt. Das Gesetz dürfte diesen Freitag vom Repräsentantenhaus abgesegnet werden.

Das gescheiterte "Build Back Better"-Programm war zwar noch deutlich ambitionierter, doch das nun beschlossene Paket setzt viele **politische Ziele der Demokraten** um, darunter die Bekämpfung des Klimawandels, Kostensenkungen für verschreibungspflichtige Medikamente und die Überarbeitung von Teilen des Steuerrechts. Beachtlich sind insbesondere die Ausgaben von 369 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von zehn Jahren, um saubere Energien zu fördern und die Wirtschaft klimafreundlicher zu gestalten. Zudem ist geplant, über den gleichen Zeitraum das Staatsdefizit um 306 Milliarden US-Dollar zu senken.

Finanziert werden soll das Vorhaben durch **Preisobergrenzen bei Medikamenten, der Schließung von Steuerschlupflöchern und einer Mindeststeuer für Unternehmen**. So enthält das Gesetz Maßnahmen, die es der Regierung erlauben, niedrigere Preise für verschreibungspflichtige Medikamente zu verhandeln. Dies dürfte die staatlichen Ausgaben im Gesundheitswesen um rund 288 Milliarden US-Dollar senken. Gleichzeitig sollen Unternehmen mit einem Gewinn von über einer Milliarde US-Dollar mehr Steuern zahlen. Die Einführung einer Mindeststeuer von 15 Prozent würde zu Einnahmen in Höhe von 313 Milliarden US-Dollar führen, obwohl zahlreiche Großunternehmen diese bereits entrichten. Eine strengere Durchsetzung von staatlichen Steuerforderungen dürfte zusätzliche 124 Milliarden zur Verfügung stellen und die Einführung einer Steuer von

einem Prozent auf Aktienrückkäufe weitere 73 Milliarden US-Dollar.



Die Republikaner im Senat haben ausnahmslos gegen den Vorschlag gestimmt und beklagt, dass das Gesetz die **Inflation** kurzfristig eher befeuern könnte. Das geht zwar zu weit, doch dürften die dämpfenden Effekte auf die Inflation eher gering ausfallen. Energie und Medikamente spielen zwar eine wesentliche Rolle im Warenkorb, allerdings dürfte das Gesetzespaket kurzfristig kaum einen weiteren Preisanstieg verhindern, da der Ausbau einer neuen Energiestruktur Zeit in Anspruch nimmt und auch Kosten verursacht. Gemäß einer Studie der Universität Wharton dürften positive wie auch negative Effekte auf die Inflationsrate binnen der nächsten zehn Jahre eher gering sein.

Das IRA ist daher weniger ein Maßnahmenpaket zur Inflationsbekämpfung, sondern ein Klima-, Steuer- und Gesundheitsgesetz, mit dem **weite Teile der US-Wirtschaft transformiert werden**. So sollen die Emissionen der Land- und Forstwirtschaft verringert, die Energieeffizienz im Wohnungsbau gestärkt und Gemeinden unterstützt werden, denen finanzielle Einbußen durch die Energiewende oder den Klimawandel drohen. Der größte Teil des IRA-Volumens ist für Steuergutschriften vorgesehen, die Verbraucher zum Umstieg auf E-Autos und zur Nutzung von Solarpanelen

oder Wärmepumpen bewegen soll. Zudem gibt es Anreize für die Stromerzeuger mittels sauberer Energien und für die Industrie zur Fertigung solcher Komponenten. So soll eine Gutschrift von 7.500 US-Dollar den Kauf von E-Autos erschwinglicher machen. Aber auch nur, wenn mindestens 40 Prozent und später 80 Prozent der Batteriematerialien in den USA oder von Freihandelspartner gewonnen oder verarbeitet worden sind. Solche kritischen Rohstoffe werden bisher von Ländern wie China, Russland und der DR Kongo geliefert, die hohe politische Risiken bergen. Angesichts der geringen Verfügbarkeit solcher Ressourcen in den westlichen Staaten sind die Vorgaben durchaus ambitioniert. Das IRA fördert die eigenen Lieferketten und damit die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten.

Mit dem neuen Gesetz dürften die USA, die weltweit die zweitgrößten CO₂-Erzeuger sind, der Erfüllung der **Pariser Klimaziele** einen großen Schritt nähergekommen sein. Ähnlich der EU haben sich die USA vorgenommen, bis 2030 ihre Kohlenstoffemissionen im Vergleich zum Stand von 2005 um 50 bis 52 Prozent zu senken. Das REPEAT Projekt der Universität Princeton geht davon aus, dass man sich mit dem neuen Paket diesen Werten annähern wird. Bis Ende der Dekade dürften 31 bis 44 Prozent der Emissionen abgebaut werden. Der neue Vorschlag beinhaltet jedoch keine CO₂-Steuer oder die verpflichtende Einführung eines Emissionshandels, was in Europa gängige Praxis ist. Das liegt zum einen daran, dass ein solcher Emissionshandel das Inflationsproblem in den USA noch verschärfen könnte. Zum anderen ist die industriepolitische Umsetzung des Klimaschutzes

innerhalb der Demokraten wesentlich populärer als die Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente.

Das IRA ist ein **Paradigmenwechsel für die Klimapolitik in den USA**. Das neue Gesetzespaket war auch innerhalb der Demokraten sehr umstritten. So hat der demokratische Senator Joe Manchin für sein Einlenken einige Zugeständnisse erhalten. Bohrlizenzen für Erdgas- und Erdölprojekt in Alaska und im Golf von Mexiko mussten bei den Verhandlungen eingeräumt werden. Was auf den ersten Blick gegen die allgemeine Idee des IRA zu verstoßen scheint, dürfte sich aber als wenig problematisch erweisen. Durch die Anreize im Gesetzesentwurf könnte es sich für die Öl- und Gasbohrer letztlich gar nicht lohnen, diese Lizenzen überhaupt zu nutzen.

Die umfangreichen Klimaausgaben und die Anpassungen im Gesundheitssystem, die eine der größten Veränderung seit einem Jahrzehnt darstellen, sind auch ein **wichtiger legislativer Erfolg vor den Zwischenwahlen im November**. Laut einer Meinungsumfrage stieg die öffentliche Zustimmung für den US-Präsidenten in dieser Woche auf 40 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit Anfang Juni. Für den dauerhaften Erfolg der US-Klimapolitik sind demokratische Mehrheiten im Kongress eine wichtige Voraussetzung. Mit der geschlossenen Ablehnung des IRA durch die republikanischen Senatoren konnte man einen Vorgeschmack bekommen, welchen Stellenwert die Klimapolitik bekäme, wenn die Demokraten ihre Mehrheit verlieren würden.

Ansprechpartner: Investment Office Marcard, Stein & Co, Dr. Christoph Kind (ckind@marcard.de), +49 40 32099-319, Christian Bußmann (cbussmann@marcard.de), Yannick Düring (yduering@marcard.de), Ralph Groß (rgross@marcard.de), Annette Streicher (astreicher@marcard.de)

Herausgeber

MARCARD, STEIN & CO AG – DIE FAMILY OFFICE BANK, Ballindamm 36, 20095 Hamburg, Tel. +49 40 32099-0, Fax +49 40 32099-200, www.marcard.de

© Copyright 2022

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ist ohne unsere Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien des gesamten Inhalts oder von Teilen.

Haftungsausschluss

Dem Inhalt dieses Werks liegen vertrauenswürdige Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zugrunde. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die hierin enthaltenen Aussagen können jederzeit ohne Vorankündigung geändert werden. Dieses Werk stellt weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar und ersetzt keine anleger- und produktbezogene Beratung über den Erwerb von Wertpapieren. Voraussetzung für eine kunden- und produktgerechte Beratung ist, dass Sie uns auf unsere Fragen bezogen auf Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse aktuelle, richtige und vollständige Angaben machen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen Empfehlungen entsprechend Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten zu geben. Im Rahmen der Geeignetheitsprüfung gleichen wir unsere Empfehlungen mit Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten ab. Insbesondere die Risikobereitschaft, Verlusttragfähigkeit und der bevorzugte Anlagehorizont bilden essentielle Bausteine für eine erfolgreiche und individuell zugeschnittene Anlageberatung.

Die Ausführungen gehen von unserer Beurteilung der gegenwärtigen Rechts- und Steuerlage aus. Durch etwaige andere Gesetze, Gesetzesänderungen, Veränderung der Rechtsprechung oder Erlasse kann sich die steuerliche Beurteilung – ggfs. auch rückwirkend – verändern und können die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflusst werden. Die in diesem Werk enthaltenen Meinungsäußerungen geben unsere aktuelle Einschätzung wieder. Die in dieser Einschätzung zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die steuerlichen Ausführungen erheben nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Wertpapieren beraten zu lassen. Für die Richtigkeit der hier genannten Informationen übernehmen wir keine Gewähr.